

Mit Freihandel kann der Kandidat der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) gar nichts anfangen. Als Bundespräsident, schwört Norbert Hofer, werde er das geplante transatlantische Handelsabkommen TTIP »nicht unterzeichnen, auch wenn das Parlament dafür stimmen sollte«. Und ebenso egal ist es Hofer, dass die Inhalte des Vertrags noch gar nicht feststehen.

Die Stichwahl am Sonntag könnte er trotzdem gewinnen. Vielleicht sogar deswegen. Radikal dagegen zu sein – das genügt Hofer und seiner FPÖ, um Hunderttausende Wähler anzuziehen. Es sind Unzufriedene, denen die zaghaften Reformversuche der großen Koalition nicht weit genug gehen oder viel zu weit. Menschen, die Angst haben vor Chlorthinchen und Globalisierung, vor billigen ausländischen Wettbewerbern auf dem Arbeitsmarkt, dem Verlust ihrer Jobs, dem sozialen Abstieg. Umfragen zufolge dürften sie den Rechtspopulisten auch bei der nächsten Parlamentswahl einen Triumph und die Übernahme des Wiener Kanzleramts bescheren. Doch sie übersehen, dass ihnen die FPÖ wenig zu bieten hat außer bloßer Fundamentalopposition.

»Die FPÖ-Wähler halten die jetzige große Koalition für reformunfähig, aber die FPÖ hat selbst kein wirtschaftspolitisches Reformprogramm«, sagt Michael Steiner, Ökonomeprofessor an der Universität Graz. Der Parteienforscher Peter Filzmaier sagt, die FPÖ habe nicht einmal »einen Pool von kompetenten Leuten für Wirtschaftspolitik, aus dem sie rekrutieren könnten«. Und der frühere FPÖ-Fraktionschef Friedhelm Frischenschlager nennt die Partei »nicht regierungsfähig – wegen ihrer in sich widersprüchlichen wirtschaftspolitischen Forderungen.

»Unser Geld für unsere Leute« oder »Arbeitsstellen statt Zuwanderungswellen« ließen die Freiheitlichen zuletzt plakativieren. Diese Parolen treffen einen Nerv: Seit 2010 steigt die Zahl der Arbeitslosen in Österreich. 72 Prozent aller teilnehmenden Arbeiter votierten im ersten Wahlgang zur Bundespräsidentenwahl vor vier Wochen für Hofer. Die »Freiheitlichen« sind zur Partei des »kleinen Mannes« geworden. Und genau das ist eines ihrer fundamentalen Probleme.

Höhere Löhne, niedrigere Steuern, höhere Pensionen, niedrigere Mieten: Die vergangenen Wahlkampfversprechen der FPÖ könnten von Linkssozialisten stammen. Andererseits ist die »soziale Heimatpartei«, wie ihre Anhänger sie gern nennen, traditionell eine unternehmerfreundliche Partei, die Privatisierungen, eine Senkung der Lohnnebenkosten und einen möglichst kleinen Staat verlangt, wenn es gerade politisch opportun ist. »Unsere Anregung ist immer, einen Preiszettel auf alle Leistungen des Staats draufzugeben«, sagt Barbara Kolm, Wirtschaftsberaterin der FPÖ und Leiterin des Wiener Friedrich-Hayek-Instituts. Die Partei wolle die Lohnnebenkosten drastisch reduzieren »und der Wirtschaft bessere Rahmenbedingungen schaffen. Der Staat soll die Wirtschaft einfach machen lassen.« Das klingt sehr nach Hayek, dem Vater des Neoliberalismus. Und passt nicht zur FPÖ-Forderung, ganze Sektoren des Arbeitsmarkts für EU-Ausländer zu schließen.

FPÖ-Vorzeigepolitiker wie Hofer oder Parteichef Heinz-Christian Strache treten öffentlich ganz anders auf als Kolm. »Mit Hayek-Ideologie kann ich Arbeiterbezirke wie Simmering in Wien nicht halten«, sagt der frühere Fraktionschef Frischenschlager, der die Partei 1993 verließ. »Diese Ideologie steht jeglicher Sozialhilfe feindlich gegenüber. Da laufen dir die Leute in der Sekunde davon.« Die FPÖ habe mit linken, rechten und liberalen Parolen bei unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen Stimmen gefangen. Aber sobald sie einmal Regierungsverantwortung übernehme, werde sie einen Teil ihrer Klientel zwangsläufig bitter enttäuschen müssen.

»Die FPÖ pendelt ständig zwischen ihrem liberalen Anspruch und ihrer Selbstdarstellung als sozialer Heimatpartei hin und her. Da gibt es nichts in sich Schlüssiges«, sagt der Ökonomeprofessor Steiner. Entsprechend unkonkret liest sich das Parteiprogramm von 2011 mit dem Titel »Österreich zuerst: Wir bekennen uns zu einer an den konkreten Herausforderungen der Zeit orientierten Wirtschaftspolitik, frei von ideologischen Vorbehalten«, heißt es da, »und zu einem über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Staatshaushalt.« Aber wie will die Partei parallel Steuern senken und Renten erhöhen, ohne Schulden zu machen? Wie wollen die »Freiheitlichen« Wachstum in Ös-

# Dagegen sein ist alles

Mal links, mal rechts, mal neoliberal – so sammelt die FPÖ Stimmen der Österreicher. Wo bleibt ihr wirtschaftspolitisches Konzept? VON CLAUS HECKING UND JAN MICHAEL MARCHART



FPÖ-Größen Heinz-Christian Strache (l.) und Norbert Hofer (r.) beim Eigenlobexzess

terreichs exportabhängiger Industrie schaffen und die Wirtschaft zugleich gegenüber dem übrigen Europa abschnitten? Wo sind ihre Prioritäten?

Axel Kassegger sollte es wissen. Der 50-Jährige ist seit 2014 offizieller FPÖ-Wirtschaftssprecher. Aber Kassegger spricht nicht. Als er am Montag in einem Tage vorab vereinbarten Telefonat nach den wirtschaftspolitischen Grundsätzen der FPÖ gefragt wird, antwortet er, dazu sei er nicht auskunftsbefugt, er müsse Rücksprache mit der Parteiführung halten, man solle ihm Fragen mailen. Als dies dann geschehen ist, schreibt Kassegger, bis zur Stichwahl könne er die Fragen »in der Kürze der Zeit« nicht mehr beantworten.

Dass sich selbst der Wirtschaftssprecher über die wirtschaftspolitische Ausrichtung der FPÖ auschweigt, ist für Helmut Haigermoser ein Symptom für die Inkompetenz seiner ehemaligen Partei in diesem Feld. Der Unternehmer aus Salzburg saß zu Zeiten Jörg Haiders für die FPÖ fast zwei Jahrzehnte lang im Parlament und leitete parallel den Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber, die parteinahe Unternehmervereinigung. Mittlerweile hat er der FPÖ verbittert den Rücken gekehrt. »Die Freiheitliche Partei wird immer mehr zur sozialistischen Partei: aus Angst, die Arbeiter zu vergraulen«, sagt Haigermoser. Innerparteiliche Debatten über den wirtschaftspolitischen Kurs gebe es nicht mehr. »Der Übervater Strache gibt im Wahlkampf etwas vor, und alle anderen folgen. Die FPÖ ist eine Mandatsabsicherungsgemeinschaft geworden.« Mit einem einzigen Ziel, dem Machtgewinn. Parteienforscher Filzmaier drückt es so: »Alles wird der Kommunikationsstrategie untergeordnet.« So geht Populismus.

Nach zwei Abspaltungen hat die Partei zweimal in den vergangenen zwei Jahrzehnten ihren gemäßigten, liberalen Flügel verloren – und mit ihm zahlreiche Wirtschaftsexperten. »Der FPÖ fehlen kompetente Fachpolitiker und entsprechende Berater, die wissen, wie man Gesetze vorbereitet und umsetzt«, sagt Filzmaier. Im Wahlkampf sei dies nicht schlimm, im Falle einer Regierungsübernahme werde sich dies rächen. FPÖ-Funktionäre wiegeln ab: Wenn man erst einmal an der Macht sei, würden die Fachleute von selbst ankommen, behaupten sie. Aber selbst im kleinen Burgenland, wo die FPÖ neuerdings Koalitionspartner der Sozialdemokraten ist, hatten einige ihrer Minister Insidern zufolge erhebliche Schwierigkeiten, Mitarbeiter mit Expertise zu finden.

Schon einmal scheiterte die FPÖ in der Regierung an ihren wirtschaftspolitischen Widersprüchen und Mangel an fähigem Personal: 2000 bis 2006, als Juniorpartner der konservativen Volkspartei. Da fiel sie vor allem durch ständige Ministerwechsel und interne Streitigkeiten auf. Das Chaos endete, als sich Haider und seine Getreuen abspalteten; übrig blieb der von Strache geführte rechtspolitische Flügel. Später kam heraus, dass damalige FPÖ-Granden im Amt in Korruptionsskandale verstrickt waren. Strache behauptete zunächst, dies betreffe nur Haider und seine Getreuen. Bald aber flogen auch Spitzenfunktionäre der Kärntner FPÖ-Schwesterpartei FPK auf.

Im Bundesland Kärnten hatten die Rechtspopulisten jahrelang regiert und sich zur Finanzierung sozialpolitischer Wohltaten und prestigeträchtiger Bauprojekte großzügig aus den Kassen der einstigen Landesbank Hypo Alpe Adria bedient; im Gegenzug übernahm Kärnten Milliardenhaftungen für Schulden des Instituts. Als die Skandalbank in Finanznot geriet, stand auch Kärnten am Rande des Bankrotts und musste vom österreichischen Staat gerettet werden.

Viele Österreicher haben die Polit- und Finanzdebakel der FPÖ augenscheinlich vergessen oder zumindest verdrängt. Die Volksparteien waren ja auch ihrerseits tief in Bestechungsskandale verwickelt. Und so deutet vieles darauf hin, dass die Alpenrepublik bald einen FPÖ-Bundespräsidenten Hofer und spätestens 2018 einen FPÖ-Kanzler Strache bekommt – obwohl die Rechtspopulisten keinen Plan haben, wie sie die lähmende Wirtschaft wieder auf Touren bringen sollen. »Die Strategie der FPÖ lautet: Erst einmal die Macht erobern und danach hoffen, dass der Gipfel der Arbeitslosigkeit überschritten ist und sich die Weltkonjunktur irgendwie wieder belebt«, sagt Filzmaier. Ihren Wählern scheint das Prinzip Hoffnung zu reichen.

Siehe auch **Politik**, Seite 3: Der Kampf um die Heimat

STANDPUNKT

## Gift für die Debatte

Deutsche Firmen warnen britische Mitarbeiter vor einem EU-Austritt

Der Countdown läuft. In fünf Wochen entscheiden die Briten in einem Referendum darüber, ob sie aus der EU austreten oder nicht. In einer Zeit, in der schon ein leichter Kursverfall der Apple-Aktien als »historisches« Ereignis dargestellt wird, könnte man die Bedeutung des britischen Referendums am 23. Juni leicht unterschätzen. Doch ein Austritt der Briten wäre eine ähnliche Zäsur wie die Verträge von Maastricht (1992), die im Euro endeten. Entsprechend aufgeladen wird der Brexit debattiert.

Angeheizt haben die Debatte auch deutschgeführte Unternehmen. Manager von Airbus, Siemens und BMW schrieben an alle britischen Mitarbeiter – und warteten ausdrücklich vor den Folgen des Brexit.

Ein Austritt würde die Produktionskosten steigern »und könnte damit Auswirkungen auf die Beschäftigtenzahlen haben«, heißt es in dem Schreiben des Chefs der britischen BMW-Tochter, Torsten Müller-Ötvös. Aus ihrer Sicht klärten die Manager damit auf. Warfen Licht in die undurchsichtige Faktenlage. In Wahrheit haben sie sich mit krassen Drohungen auf eine Weise in die Politik eingemischt, die ihnen nicht zusteht.

Aber was ist die Konsequenz, wenn ein Mitarbeiter – aus welchen Gründen auch immer – für den Austritt streitet? Wird er dann entlassen? Oder anderweitig geächtet? Schon das Gedankenspiel zeigt, dass der Brief den Anschein weckt, deutsche Unternehmen wollten ihre Belegschaft erpressen.

Selbst wenn das so nicht gemeint sein sollte, ist es doch belagenswert und verdächtig. Zu lange haben die Konzerne geschwiegen und in den vergangenen Jahrzehnten jede Möglichkeit verpasst, sich öffentlich für eine demokratischere und transparentere EU einzusetzen. Stattdessen haben sie Millionen investiert, um in Brüssel Lobbyarbeit zu betreiben, und mühsam ausgehandelte Gesetzesentwürfe wo immer möglich torpediert.

In normalen Zeiten wäre die Einmischung der Firmen noch okay gewesen.

Doch die Zeiten sind hysterisch. Premierminister David Cameron, der gegen den Austritt ist, prophezeit ganz pauschal den wirtschaftlichen Niedergang Großbritanniens und würde nicht mal ausschließen, dass der Brexit zu einem Dritten Weltkrieg führen könnte. Derweil vergleicht der Tory-Abgeordnete Boris Johnson die EU mit den Machtgelüsten von Napoleon und Hitler.

Nüchtern betrachtet, haben die Brexit-Anhänger die schwächeren Argumente. Sie treten mit vollmundigen Versprechen an. Beispielsweise garantieren sie, dass Großbritannien auch nach einem Austritt ungehinderten Zugang zum Binnenmarkt behalten werde. Das ist kühn, denn niemand kann das Ergebnis von etwaigen Austrittsverhandlungen vorhersagen. Immerhin würden Brüssel und London sich dafür zwei Jahre Zeit nehmen. Anders gesagt: Die Austritts-Befürworter müssen das Bild von einer Zukunft entwerfen, von deren Gestalt sie nicht die geringste Ahnung haben können.

Dagegen haben es die Befürworter einer EU mit Großbritannien viel einfacher. Sie können mit Fakten hantieren. Der Binnenmarkt garantiert europäischen Unternehmen erhebliche Wettbewerbsvorteile. Er sichert den ungehinderten Austausch von Kapital, Technologie, Know-how und qualifizierten Arbeitskräften.

Stattdessen aber bedienen sich einige Firmen vom Kontinent der Angstmacher-Rhetorik und drohen damit, dass Großbritannien durch Steuerschranken aus allen Bereichen der europäischen Wirtschaft ausgeschlossen werde. Unternehmen könnten zur Verschichtung einiges beitragen. Mit Drohbriefen helfen sie niemandem. Schon gar nicht ihren verunsicherten Mitarbeitern. JOHN F. JUNGCLOUSSEN

ANZEIGE

# IMMOBILIEN

12. Norddeutscher **UNTERNEHMER TAG** 24/05 2016

Hamburg Handelskammer Hamburg

Mitveranstalter: ALPERS · WESSEL · DORNBACH · COMMERZBANK

In Zusammenarbeit mit: DIE ZEIT

Mit freundlicher Unterstützung: HK Handelskammer Hamburg

- Themen (Auszug):**
- Geschwindigkeit schlägt Größe – Was Sie von Startups lernen können
  - Unternehmensverkauf aus Sicht des Unternehmers – Erfahrungsberichte und aktuelle Trends
  - Finanzinvestor oder Strategie – Wer ist der bessere Partner für Ihr Unternehmen? Ein aktuelles Praxisbeispiel.
  - Smartes Reporting – Nutzen Sie die Potenziale Ihrer Daten
  - Der Einfluss von Steuern auf unternehmerische Entscheidungen

Weitere Informationen und Anmeldung unter: [www.convent.de/ndt](http://www.convent.de/ndt)

**HAMBURG** / AUMÜHLE: TRAUMHAFTES REEDACHVILLA, Parkgrundstück 2800m² direkt am Sachsenwald, City-Anbindung 30min S-Bahn, 225qm/95qm, 7 Zi., traumhafter Garten, Südlage, m.Teichen, Wasserlauf, Sonnenterrassen, anspruchsv. Architektur, sehr gemütlich/wohlfühliges Anwesen, VK 998.000 PROVISIONSFREI Exposé: [retdachvilla-aumuehle@amx.de](http://retdachvilla-aumuehle@amx.de)

**Wunschhaus in Hamburg**  
Traumhaftes Grundstück in Top-Lage. Wfl. ca. 170 m², Grundstücksfläche ca. 603 m², Zi. 6, Kaufpreis € 825.000. Von privat.  
[zeit.immowelt.de](http://zeit.immowelt.de) – ID: 27R8M48

**Eigentumswohnung in Hamburg**  
Sonnenbalkon. Wfl. ca. 65 m², Zi. 2, Kaufpreis € 250.000. Ohne Makler.  
[zeit.immowelt.de](http://zeit.immowelt.de) – ID: 29T6B4L

**2-Familien-Haus in Hamburg**  
Generationshaus/Renditeobjekt, renoviert. Wfl. ca. 194 m², Grundstücksfläche ca. 700 m², Zimmer 6, Kaufpreis € 645.000. Von privat.  
[zeit.immowelt.de](http://zeit.immowelt.de) – ID: 28BYE4V

**GELD & ANLAGE**

Für alle, die etwas erleben wollen: **FRIENDS in München – ab Sommer 2016!** Highlight-Architektur, innovatives Lifestylkonzept, Panoramasicht bis zu den Alpen, Design-Ausstatt., smarter Grundriss, beste Citylage, z.B. 8 O3 2 Zi. 78 m², 629.000 € Bj. (EA) 2014, HZG FW, EA-B, EB-W 65,9 kWh/m² a. **SHOWROOM im Forum am Hirschgarten, Mo-Sa 10-18.30 Uhr, Bauwerk Capital, 089 415595-15, www.wohnen-im-friends.de**

**Kapital ab € 50.000,-** Investitions-/Mezzanine-Kapital, stimmrechtsloses Beteil.-Kapital Nachrang-Darlehenskaptal ohne BaFin von 50 T € – 200 Mio. € Vorratsgesellschaften (AG, GmbH, KG) Tel.: 0551-999 64-240, Fax -248 [dr.werner@finanzierung-ohne-bank.de](mailto:dr.werner@finanzierung-ohne-bank.de) [www.finanzierung-ohne-bank.de](http://www.finanzierung-ohne-bank.de)

**FRANKREICH**

Repräsentatives Herrenhaus, Lothringen Sirey-sur-vevouze, nach Saarburg 25 km, Ende des 19. Jahrhundert erbaut, traumh. Park mit 15.000 m², 500 m² Wohnfl., 12 elegant eingerichtete Zimmer, teilw. Kamin. Weitere 750 m² Fläche für Atelier u.v.m. **REMAX MÜLLER-KITTNAU IMMOBILIEN** [www.remax-seehaupt.de](http://www.remax-seehaupt.de) T.08801 9157390

**SÜDDEUTSCHLAND**

Zu verkaufen in Süddeutschland direkt an der CH-Grenze: EFH mit Business-Option. Idyllisches Wohnen (ggf. mit Geschäft) im Grünen, Provisionsfrei, Exposé anfordern: Tel. 07745 425 / [mail@angis-pub.de](mailto:mail@angis-pub.de)

**Bauernhaus in Plaudren/Monterblanc**  
Wfl. ca. 155 m², Grundstücksfläche ca. 14.000 m², Zi. 6, Kaufpreis € 325.000. Von privat.  
[zeit.immowelt.de](http://zeit.immowelt.de) – ID: 29PL64K

**Wohnung in Riva del Garda**  
Residence mit Pool und Tennisplatz, Garten/Terrasse, Gardasee-Aussicht, sofort beziehb. Wfl. ca. 50 m², Zi. 2, Kaufpreis € 125.000. Von privat.  
[zeit.immowelt.de](http://zeit.immowelt.de) – ID: 28KD74A

**5-Zimmer-Wohnung in Lothringen, nahe Lac de Madine**  
Wfl. ca. 140 m², Grundstücksfläche ca. 3000 m², Zi. 5, Kaufpreis € 120.000. Provisionsfrei.  
[zeit.immowelt.de](http://zeit.immowelt.de) – ID: 2829E4X

**Ferienhaus in Borgomaro-Conio**  
Wfl. ca. 88 m², Grundstücksfläche ca. 100 m², Zi. 4, Kaufpreis € 125.000. Von privat.  
[zeit.immowelt.de](http://zeit.immowelt.de) – ID: 2TQM23S